



# Pressemitteilung

Frankfurt, 17. September 2020

## **„Nur ein arzt spezifischer Tarifvertrag kann den ÖGD zukunftsfest machen“**

### **Hessisches Ärzteparlament fordert ein Ende der Blockadehaltung zu Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst**

Einstimmig haben die Delegierten der Landesärztekammer Hessen auf ihrer gestrigen Sitzung in Friedberg ein Ende der Blockadehaltung kommunaler Arbeitgeber zu Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst (ÖGD) gefordert.

In der schriftlichen Antragsbegründung hieß es, nur ein arzt spezifischer Tarifvertrag könne den ÖGD langfristig zukunftsfest machen, da nur so die eklatanten Gehaltsnachteile für die im ÖGD beschäftigten Ärztinnen und Ärzte ausgeglichen werden könnten. Dies bilde aber die Grundvoraussetzung, um langfristig ärztlichen Nachwuchs zu gewinnen, und stelle damit den zentralen Baustein dafür dar, „dass der kürzlich von Bund und Ländern vereinbarte ‚Pakt für den ÖGD‘ ein Erfolg wird und nicht zu verpuffen droht“.

Die kommunalen Arbeitgeber werden aufgefordert, ihre „Blockadepolitik“ unverzüglich zu beenden und Verhandlungen zu einem arzt spezifischen Tarifvertrag für den ÖGD mit dem Marburger Bund – der gewerkschaftlichen, gesundheits- und berufspolitischen Interessenvertretung für angestellte und beamtete deutsche Ärztinnen und Ärzte – aufzunehmen.